

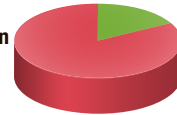
Frage des Tages

Sollen GA und Halbtax im 8er-Tram auf deutschem Boden Gültigkeit verlieren?

Ab Dezember verlieren GA und Halbtax im 8er ab Grenze die Gültigkeit. Befürworten Sie den BVB-Entscheid? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Ist es angebracht, wie sich Politiker auf Facebook zeigen?

83% Nein (721) 17% Ja (146)



Shift Mode und der Kanton haben am Klybeckquai vieles falsch gemacht Es riecht nach staatlicher Protektion

Von Dominik Heitz



Shift Mode: Der Begriff hatte etwas Verheissungsvolles. Doch was er für das Zwischennutzungsprojekt auf dem ehemaligen Migrol-Areal am Klybeckquai genau bedeuten soll? Man weiss es eben nicht so recht. Und gerade das machte ihn irgendwie zauberhaft.

Inzwischen aber hat der Begriff längst an Faszination eingebüsst. Er ist belastet durch das, was in den letzten beiden Jahren geschehen oder eben nicht geschehen ist. Und das haben nicht nur die Initianten Tom Brunner und Katja Reichenstein, sondern auch der Kanton zu verantworten.

Schon dass der Kanton Shift Mode als Zwischennutzer des Migrol-Areals bestimmte, ohne zuvor eine öffentliche Ausschreibung vorzunehmen, kam nicht überall gut an. Im Grossen Rat sorgte der eigenmächtige Entscheid für eine Interpellation. Und bei jenen, die den vom Areal wegweisenden Wagenleuten die Stange gehalten hatten, galt der Verein Shift Mode als Verräter – nicht zuletzt deshalb, weil in einer Vertragsklausel stand, er habe neben der Nutzung auch Massnahmen gegen eine Besetzung des Areals zu treffen.

Kein guter Start für einen Verein, der für sich in Anspruch nimmt, nur Gutes tun zu wollen. Auch nicht für den Kanton, über den Stimmen laut wurden, er habe eigentlich keinen Zwischennutzer, sondern bloss einen Platzhalter gesucht, mit dem er die Räumung des Wagenplatzes rechtfertigen könne.

Wer unbedingt etwas will, der geht manchmal auch auf Bedingungen oder Geschäfte ein, die weniger schön oder ehrenvoll sind. Das kommt überall vor. Die Gefahr besteht indes, dass es nicht beim einen riskanten Schritt bleibt, sondern dass weitere folgen. Eine Gruppe von Quartierbewohnern hatte deshalb schon von Anfang an ihre Zweifel. Die Nachbarn fühlten sich nicht nur zu wenig eingebunden in das Projekt, sondern fürchteten auch zu



Belastetes Migrol-Areal. Für den Verein Shift Mode waren die Lärmklagen ein kalkuliertes Risiko. Foto Jérôme Depierre

grossen Lärm. Sie sollten sich darin bald einmal bestätigt fühlen – auch darin, mit einem Rekurs gegen das von Shift Mode eingereichte Baugesuch für das Projekt «Holzpark Klybeck» richtig gehandelt zu haben. Denn auf dem

Eigentlich, so sollte man meinen, müsste es Shift Mode nun besser wissen.

Areal liess das Duo Brunner und Reichenstein immer wieder – und dies entgegen den Vertragsregelungen – ungewollte Konzerte stattfinden, die nicht nur zu lange dauerten, sondern auch zu laut waren.

Im Nachhinein sagt Reichenstein: «Wir wollten niemanden verärgern,

sondern einfach ausprobieren, wie sich der Lärm auf dem Areal verteilt und wie viel es verträgt.» Die Lärmklagen seien ein kalkuliertes Risiko gewesen. Und Brunner meint über die Vermietung an Externe: «Wir können natürlich nicht 24 Stunden vor Ort sein und jede Veranstaltung kontrollieren. Deshalb sind die Auflagen klarer Bestandteil des Mietvertrags.» Wer eine Veranstaltung durchführe, sei selber dafür verantwortlich.

Eigentlich, so sollte man meinen, müssten es die beiden inzwischen besser wissen, nachdem sie schon mit Lärmklagen zu tun gehabt hatten, als sie noch die Lady Bar an der Feldbergstrasse führten. So aber muss man sich fragen, wie sehr Brunner und Reichenstein überhaupt gewillt sind, mit den Nachbarn ernsthaft das Gespräch zu suchen und eine gewisse Kompro-

missbereitschaft an den Tag zu legen, statt auf ihre Art weiter zu wursteln.

Wundern aber muss man sich auch über das Präsidialdepartement, das die Vertragsverletzungen von Shift Mode mit Achselzucken zur Kenntnis nimmt und über den Stadtentwickler Thomas Kessler verläutet lässt, man wolle weder abmahnen noch kündigen, solange die allfälligen Lärmemissionen nicht dem tatsächlichen Verursacher zugeordnet werden können.

Wenn anderswo Beamte ihnen nicht genehme Terrassenbestuhlungen verbieten, Lärm in Gartenrestaurants gleich mit Bussen geahndet werden und Innenstadtläden keine Zufahrtsgenehmigung mehr erhalten, dann darf die Regierung nicht erstaunt sein, wenn bei Shift Mode plötzlich der Verdacht auf staatliche Protektion im Raum steht. dominik.heitz@baz.ch

Baselbieter Verwaltung droht Personal-Exodus

Harter Sparkurs – Mitarbeitende berichten von aggressiven Vorgesetzten und Beamten auf Jobsuche

Von Joël Hoffmann und Thomas Gubler

Liestal. Das Personal auf der Baselbieter Kantonsverwaltung ist nicht einfach nur beunruhigt über die Sparpläne. Angesichts bisheriger Sparmassnahmen und Vorstössen von SVP und FDP haben mehr und mehr Mitarbeiter die

Nase gestrichen voll. Mehrere Mitarbeitende erwarten zahlreiche Abgänge in den nächsten Monaten. Einige schauen sich bereits nach einem neuen Job um.

Der langjährige Kantonsangestellte P. M. zieht nun – hier stellvertretend für die Berichte weiterer Beamten – ein ernüchterndes Fazit über die Personalpolitik des Kantons Baselland der vergangenen zwei bis drei Jahre – was übrigens ziemlich genau der bisherigen Amtszeit von Finanzdirektor Anton Lauber (CVP) entspricht. «Der Zeitpunkt, wenn der Letzte hier das Licht löscht, ist nicht mehr fern.» Das sei vielleicht etwas überspitzt formuliert. Aber mitunter empfinde er es eben so. Die guten Leute und diejenigen, die vom Alter her noch leicht eine neue Stelle finden, würden dem Kanton nach und nach den Rücken kehren. Motivation und Loyalität seien direktionen- und lohnklassenübergreifend im freien Fall.

«Seid froh, habt ihr einen Job»

Das Rückgrat der kantonalen Verwaltung bildeten zunehmend diejenigen Mitarbeiter, die vom Alter her auf dem Arbeitsmarkt schlechte Karten haben, und diejenigen, deren Pflichtgefühl quasi unbegrenzt ist. «Diese bedingungslosen Staatsdiener senden mit ihrem Verhalten aber auch das Signal aus, dass es auch dort immer noch Luft nach oben gibt, wo die Leute längst am Anschlag sind.» Andere würden sich in ihr Schicksal ergeben im naiven Glauben, dass sie dann ihre Ruhe hätten. «Nur haben sie

das nicht; denn das Auspressen der Zitrone hat kein Ende.» Was P. M. vor allem an der gegenwärtigen Situation stört, ist das Fehlen jeglichen Fingerzeige dafür, wie welche Massnahme bei den Betroffenen ankommt. «Es gibt immer mehr Aufgaben bei gleichbleibendem oder schon reduziertem Personalbestand, und die Termine werden immer kürzer.» Auch werde der Umgangston zunehmend kaltschnäuziger. Wer widerspricht, werde abgefertigt mit Parolen wie: «Seid froh, dass ihr überhaupt noch einen Job habt» oder «Wem es nicht passt, der kann ja gehen». Man nehme den Abgang qualifizierter Leute billigend in Kauf, ohne mit der Wimper zu zucken.

Dabei akzeptiere das Personal durchaus, dass Finanzdirektor Anton Lauber einen Sparauftrag habe. «Die Abwicklung ist aber doch sehr grenzwertig.» Ernsthaftige Zweifel beständen hingegen daran, dass die bisher verhängten Sparmassnahmen, mit denen die Leute quasi im 14-Tage-Rhythmus traktiert würden, auch tatsächlich greifen und einen nachhaltigen Spareffekt zeigen werden. Und darin sieht P. M. eines der Hauptprobleme: «Nämlich, dass in der Finanzstrategie 2016-2019 schlicht keine Strategie ersichtlich ist. Und wo keine Strategie ersichtlich ist, fehlt sehr schnell auch die Perspektive.»

Diese Ausführungen bestätigt VPOD-Präsident Martin Kaiser, der selber beim Kanton arbeitet. «Ich kann die Verwaltungsmitarbeitenden sehr gut

verstehen», sagt er. Die Leute würden nun merken, dass ihre Stellen beim Staat nicht mehr so sicher sind wie früher. Zudem habe man wegen der Pensionskassen-Sanierung mehrere Hundert Franken netto weniger Lohn, und nun komme der Personalabbau sowie eine Flut an Vorstössen der Bürgerlichen, die alle auf das Personal abzielen. «Die Stimmung ist schlecht. Regierung und Landrat laufen Gefahr, dass viel gut ausgebildetes Personal aus Frust die Verwaltung verlässt und sich gute Leute nicht bewerben», sagt Kaiser. Bereits hätten sich einige Angestellte in anderen Kantonen beworben. Hinzu komme die interne Unruhe, weil der Spardruck die kleinen Angestellten treffe.

Kampfmassnahmen diskutiert

Auch vom aggressiven Umgangston hat Kaiser Kenntnis: «Das überrascht mich ebenfalls nicht, ist aber von Direktion zu Direktion verschieden.» Man höre, dass in der Bau- und Umwelt-schutzdirektion die Hierarchien stark ausgespielt würden. Ob der Umgangston auch in den anderen Direktionen derart hart ist, kann Kaiser nicht bestätigen. Kampfmassnahmen hat der VPOD noch keine geplant, man spricht aber darüber. «Wenn es so weitergeht, dann werden Massnahmen wie Demos oder Kurzstreiks ein Thema.»

Im Interview zeigt FDP-Landrat Balz Stückelberger wenig Verständnis für den Ärger beim Personal und verteidigt die Sparpläne. **Seite 25**

Tarifänderung: Kritik an BVB

GA soll bis nach Weil gelten

Von Jonas Hoskyn

Basel. Die Ankündigung der BVB und der Regierung, dass Generalabonnemente (GA), Halbtax und SBB-Tageskarten ab Dezember auf dem Streckenabschnitt in Weil am Rhein der Tramlinie 8 nicht mehr gültig sein werden, sorgt für jede Menge Unmut. Vor allem Verkehrsverbände protestieren gegen die Pläne. Die neue Tarifregelung sei kompliziert und werde das Verkehrschaos an der Grenze verschärfen, kritisiert der VCS. «Wir verlangen den Verzicht auf diese Verteuerung», sagt Geschäftsführerin Stephanie Fuchs. «Diese Paradedlinie auszubremsten ist ein Unding.»

Auch die IG öffentlicher Verkehr wählt deutliche Worte: «Die Verantwortlichen beim Kanton und der BVB haben offensichtlich die Kundschaft aus den Augen verloren», sagt Christoph Wydler. Durch die neuen Tarife verliere der ÖV an Attraktivität, auf die er gerade im Dreiland dringend angewiesen sei. Vielmehr solle der Gültigkeitsbereich über die Grenze hinaus ausgedehnt werden. «Dass ausgerechnet die treuesten ÖV-Kundinnen und -Kunden zur Kasse gebeten werden, ist besonders stossend», so Wydler.

«Kein Zurück in die Tarifsteinzeit»

Die BVB begründen die geplanten Änderungen damit, dass sich die letzten drei Stationen der Tramlinie 8 auf deutschem Boden liegen und die Tarifhoheit damit beim Regionalverbund Lörrach (RVL) liegt. Aber da GA-Besitzer bis anhin kein Billett und Halbtax-Besitzer nur die Rückfahrt lösen müssen, entstehen dem RVL Einnahmehausfälle. Diese müssen die BVB beim RVL kompensieren. Für die ersten zwei Jahre seit Inbetriebnahme der 8er-Verlängerung dürfte dies wohl jeweils auf einen höheren fünfstelligen Betrag hinauslaufen, so Claudia Demel von der BVB. «Das kann künftig aber auch mehr sein.» Ausgenommen von den Kompensationszahlungen ist das U-Abo. Dessen Gültigkeit wurde von Beginn weg festgehalten.

Der damalige Grüne Grossrat Jörg Vitelli konnte 2014 mit einem parlamentarischen Vorstoss erreichen, dass auch GA und Halbtax anerkannt wurden. Dies aber nur versuchsweise, wie die BVB nun schreiben. «Ein Zurück in die Tarifsteinzeit ist nicht akzeptabel», sagt Vitelli nun. «Nur einfache und für alle nachvollziehbare Tariflösungen machen den ÖV attraktiv und nicht Vorschriften, bei denen der Passagier zuerst das Tarifreglement studieren muss, ob und wann ein Billett oder Abo gültig ist.» Und tatsächlich dürfte das letzte Wort in der Angelegenheit noch nicht gesprochen sein. «Es ist schade, dass das Angebot beschnitten werden soll», sagt SP-Fraktionspräsidentin Beatrix Greuter. «Ich würde mir wünschen, dass die BVB auf den Entscheid zurück kommen.»

ANZEIGE



Bessere Noten.

Nachhilfe
Prüfungsvorbereitung
Individuelle Schulprogramme
Hausaufgaben-Betreuung
Ferienprogramm

Telefon 061 260 20 25 www.in-tuition.ch

ABDICHTUNG VON FENSTERN UND TÜREN



- Energiesparend (ca. 25%)
- Lärmdämmend (ca. 50%)
- Umweltschonend
- Kostenbewusst

Reissen Sie Ihre Fenster und Türen nicht heraus, wir sanieren sie!

Montage:
Vor Ort im Montagewagen

Wir sind spezialisiert ...

F+T Fensterabdichtung GmbH
Eptingerstr. 48
4132 Muttenz
Tel. 061 763 04 70
www.fensterabdichtung.ch